

BayernSPD
Oberanger 38 • 80331 München

Landes-Asten-Konferenz Bayern
Büro der Studierendenvertretung
Universität München
Leopoldstraße 15
80802 München

Wahlprüfsteine der Landes-Asten-Konferenz Bayern

München, 19. Juni 2013

Sehr geehrte Frau Traube,

ich darf Ihnen im Namen der BayernSPD nochmals ganz herzlich für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine danken.

Wir nehmen Ihre Anliegen sehr ernst und sind deshalb froh, durch die Beantwortung Ihrer Fragen die Möglichkeit zu erhalten, unsere Positionen darzulegen.

Wir freuen uns auf eine auch zukünftig gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihrem Verband.

Mit freundlichen Grüßen



Natascha Kohnen
Generalsekretärin der Bayern SPD

Staatliche Rahmenbedingungen

1. Frage:

Die folgenden Rahmenbedingungen für die bayerischen Hochschulen müssen vom Staat geleistet werden:

- ein chancengleicher, gebührenfreier Zugang zum Hochschulstudium
- Abbau der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Barrieren für ein Studium
- Bessere Ausstattung der Hochschulen und Aufstockung des Personals
- Planungssicherheit für die Hochschulen
- die demokratische Gestaltung der Hochschulen vorantreiben
- Einführung der verfassten Studierendenschaft und Stärkung der Selbstverwaltung
- gezielte Fördermaßnahmen und Einführung einer Quote zur Erhöhung des Anteils weiblicher Wissenschaftlerinnen
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
- barrierefreies Studium: eine bessere Ausstattung der Hochschulen für Menschen mit Behinderung

2. und 3. Frage:

Wir stehen für ein gemeinsames Miteinander innerhalb der akademischen Selbstverwaltung, in der alle Mitglieder der Hochschule an den Diskussionen zu grundsätzlichen und strategischen Fragen beteiligt werden. Der Hochschulleitung obliegt die Aufgabe, die Profilbildung ihrer Hochschulen voranzutreiben.

Hochschulräte bzw. Kuratorien begleiten die Umsetzung. Diese treffen – anders als bisher – keine operativen Entscheidungen, sondern sollen vielmehr die Gesellschaft als Ganzes repräsentieren. Dabei ist uns wichtig, dass sich die Gesellschaft in ihrer Breite widerspiegelt.

4. Frage:

Die bisherige Finanzierung soll beibehalten werden.

5. Frage:

Wir sehen keine Gründe, die bestehende Differenzierung des Hochschulsystems zu ändern. Handlungsbedarf besteht bei der Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften bei den Schwerpunkten: Ausbau der Forschungsförderung, Promotionsrecht und Ausbau des wissenschaftlichen Personals.

Studienstruktur

1. Frage:

Wir wollen unsere Gesellschaft weiter demokratisieren. Unser Maßstab ist, Menschen dort zu beteiligen, wo sie von Entscheidungen betroffen sind. Das gilt natürlich auch für Studierende an den Hochschulen. Das bedeutet eine Stärkung der Mitentscheidungsmöglichkeiten aller Gruppen an den Hochschulen, unter anderem durch eine Viertelparität in den Gremien.

2. Frage:

Im Dialog mit allen an den Hochschulen beteiligten Gruppen muss ein Strukturkonzept zur Zukunft der bayerischen Hochschullandschaft und eine langfristige verbindliche Hochschulplanung erarbeitet werden.

Die Sicherung der Qualität von Studium und Lehre ist keine einmalige Aufgabe. Die regelmäßige, selbstkritische Prüfung von Lehr- und Lernmethoden, Inhalten, didaktischer Kompetenz der Lehrenden und vieler weiterer Aspekte muss mehr als bisher zum Standardrepertoire einer jeden Hochschule gehören. Deshalb wollen wir professionelle und systematische Lehrevaluationen an Hochschulen fördern. Erst durch die Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse kann oftmals eine tatsächliche Veränderung erreicht werden. Studienkommissionen, die Studierenden die Möglichkeit geben, auf Missstände im Studienablauf hinzuweisen, mit dem Ziel, diese zu beseitigen, erachten wir für sinnvoll.

3. Frage:

Die Verpflichtung zur Akkreditierung werden wir abschaffen. Der Aktionsrat Bildung hat die Kultusministerkonferenz aufgefordert, ein neues institutionelles Qualitätsauditsystem an Hochschulen einzuführen. Es soll an die Stelle des derzeitigen Akkreditierungsverfahrens von einzelnen Studiengängen treten und eine höhere Qualität der Lehre sowie ihre internationale Anschlussfähigkeit sicherstellen. Gemeinsam mit den Hochschulen werden wir Alternativen entwickeln.

4. Frage:

Unser Bild vom Studium beinhaltet, dass die Fähigkeit zum eigenständigen Erschließen komplexer Sachverhalte und Zusammenhänge ebenso vermittelt wird wie die Kompetenz zum kritischen Hinterfragen gesellschaftlicher Zustände. Ein Studium sollte der Entwicklung der Persönlichkeit ebenso dienen wie der Ausbildung für den Arbeitsmarkt und dem Erlernen wissenschaftlichen Arbeitens. Erst die Kombination all dieser Elemente charakterisiert das Hochschulstudium im Vergleich zu anderen Formen der Berufsausbildung und des Lernens. Wo es in dieser Hinsicht im Rahmen der Bologna-Reform zu Fehlentwicklungen gekommen ist, müssen diese korrigiert werden.

5. Frage:

Ja

6. Frage:

Deutschland ermöglicht im europaweiten Vergleich nur sehr wenigen Studierenden ein Teilzeitstudium. Die Einführung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge hat aber ein zumindest faktisches Teilzeitstudium massiv erschwert. Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes zeigt, dass der Anteil faktisch Teilzeitstudierender zuletzt um fast ein Fünftel gesunken ist. Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zum Bayerischen Hochschulgesetz eingebracht, der eine Verordnung über die Teilzeitstudierbarkeit aller Studiengänge vorsieht. Studierenden, die wegen Berufstätigkeit, der Betreuung eines Angehörigen oder aus einem anderen wichtigen Grund nicht in der Lage sind, ein Vollzeitstudium zu betreiben, soll das Studium in Teilzeit ermöglicht werden.

Hochschulabschluss

1. Frage:

Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium ist eine allgemeine „Master-Zugangsberechtigung“, so wie das Abitur eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung ist. Es muss in der Entscheidung des Einzelnen liegen, ob er nach dem Bachelor-Abschluss ein Master-Studium aufnimmt oder in das Berufsleben einsteigt. Der Übergang vom

Bachelor- zu einem Masterstudiengang muss um weitere flexible Wege erleichtert werden. Von einer Quotierung von Masterstudienplätzen muss vollkommen abgesehen werden.

2. Frage:

ja

3. Frage:

an allen

4. Frage:

Bei der Lehrerbildung muss eine Gleichwertigkeit der Lehrämter erreicht werden - und zwar auf der Ebene der Master-Abschlüsse. Die Lehrerbildung erhält einen größeren Praxisbezug und eine bessere Verzahnung von Praxis und Studium sowohl für die StudentInnen als auch für die Ausbilder.

Studierendenvertretung

1. – 4. Frage:

Bayern ist das letzte Bundesland, das in seinem Hochschulgesetz keine Verpflichtung zu einer selbst verwalteten Studierendenvertretung vorsieht. Die studentische Interessensvertretung in Bayern ist dadurch im Vergleich zu anderen Bundesländern um wesentliche Punkte beschnitten.

Die SPD setzt sich für die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft mit umfassender Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat ein. Die Studierendenschaften werden dann Körperschaften des öffentlichen Rechts. Nur so können die Studierenden ihre Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger auch an der Hochschule wahrnehmen. Die Studierenden erhalten damit wieder eine organisierte Stimme an den Hochschulen. Erst wenn sie selber darüber entscheiden, wie sie sich organisieren und für was sie ihre Mittel ausgeben wollen, kann von einer wirklichen Vertretung gesprochen werden. Und nur mit einer verfassten Studierendenschaft stehen auch genügend Mittel zur Verfügung, um das studentische Leben wirklich mitgestalten zu können.

Die Erarbeitung eines Gesetzes zur Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft muss mit den Studierenden gemeinsam erfolgen. Fragen der Organisation können nur im gemeinsamen Dialog mit den Studierenden entwickelt werden. Deren Vorstellungen und Bedürfnisse sollen im Vordergrund stehen.

5. Frage:

Die Landes-Asten-Konferenz muss selbstverständlich gesetzlich verankert werden. Sie vertritt die Belange der Studierendenschaften auf Landesebene und ist zu allen sie betreffenden Gesetzen und Rechtsverordnungen zu hören.

Hochschulfinanzierung

1. Frage:

Die SPD betrachtet die Zeit vor der Schule als Bildungszeit. Bildungs- und Erziehungsziele auf wissenschaftlicher Grundlage werden wir in Bayern gesetzlich verankern. Den Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung wollen wir

stufenweise um einen Ganztagsanspruch einschließlich der sogenannten Randzeiten erweitern. Gerechtigkeit bedeutet, dass jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern Zugang zu kindgerechter Bildung auch vor der Schule hat. Wir werden deshalb mittelfristig dafür sorgen, dass die Bildung in Kindertagesstätten wie die Schulbildung gänzlich gebührenfrei gestellt wird. Ab 2013 wird als erster Schritt ein gebührenfreies Kindergartenjahr finanziert.

2.- 3. Frage:

Eine Festlegung macht hier zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn.

4. Frage:

Nach vielen Jahren der wettbewerblichen Spitzenförderung weniger Hochschulen muss es jetzt darum gehen, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen insgesamt zu verbessern – in Forschung und Lehre. Es gibt viele Fachhochschulen und kleinere Universitäten, die im Exzellenzwettbewerb nicht antreten konnten, aber in Lehre und Forschung leistungsstark sind und große Potenziale haben.

5. Frage:

Die Themen gute Lehre und Initiativen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gehören auch in den Verantwortungsbereich der Bundespolitik. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir uns für den Ausbau des Paktes „Gute Lehre“ einsetzen. Die SPD will auf Bundesebene durch eine Ausweitung des Hochschulpakts die zunehmende Studiennachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen.

6. Frage:

Mit der zunehmenden Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen, wächst die Gefahr, dass die Freiheit von Forschung und Wissenschaft weiter eingeschränkt werden. Forschung und Wissenschaft dürfen zu keiner Zeit durch Mitsprachemöglichkeiten von Unternehmen – etwa hinsichtlich der Berufung wissenschaftlichen Personals und der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen – eingeschränkt werden. Eine öffentliche Kontrolle bzgl. der Hochschulen und ihrer Zusammenarbeit mit Unternehmen muss immer gewährleistet sein.

7. Frage:

Die Kompensationsmittel sind zunächst für den Doppelhaushalt 2013/2014 festgeschrieben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Finanzierung auch darüber hinaus garantiert wird.

Studienfinanzierung und Soziales

1. Frage:

Sobald wir in der Regierungsverantwortung stehen, werden wir diese Zahlen detailliert nachreichen.

2. Frage:

Der erste abgeschlossene Studiengang Bachelor und Master muss beitragsfrei sein. Das gilt grundsätzlich für alle Studierenden aus Deutschland, für Langzeitstudierende, alle ausländischen Studierenden, egal ob EU oder Nicht-EU-Länder.

3. Frage:

Verweis auf Ausführungen zur Viertel-Parität.

4. Frage:

Ein starkes BAföG ist zentrales Element sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik. Wie kaum ein anderes Instrument steht das BAföG für den Grundsatz, dass ein Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf. Durch die rechtlich abgesicherte und verlässliche, staatliche Studienförderung konnten in den letzten 40 Jahren Millionen junger Erwachsene studieren, die sich ein Studium ohne BAföG nicht hätten leisten können. Die soziale Öffnung der Hochschulen wäre ohne BAföG nicht denkbar gewesen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das BAföG in den nächsten Jahren weiter ausgebaut wird, bestehende Förderlücken geschlossen werden und zukünftig eine automatische Anpassung an die Lebenshaltungskosten erfolgt.

5. Frage:

Die SPD hält die Einführung des Deutschlandstipendiums für falsch und vor allem für überflüssig, weil in Deutschland mit den etablierten Begabtenförderungswerken ein einheitliches, flächendeckendes Stipendienangebot bereits existiert. Das Deutschlandstipendium hat sich inzwischen als Flopp und damit als schwarz-gelber Misserfolg entpuppt. Nur knapp 14.000 Studierende erhalten die monatliche Förderung von 300 Euro. Das sind gerade mal 0,6 Prozent aller Studierenden in Deutschland. Wer eine sozial gerechte Studienfinanzierung will, der muss auf das Erfolgsmodell BAföG setzen.

Studentenwerke

Die soziale Infrastruktur, die zumeist von den lokalen Studentenwerken bereitgestellt wird, ist wichtiger Bestandteil eines guten Studiums. In den letzten zwölf Jahren sind die Zuschüsse für die bayerischen Studentenwerke um 50 Prozent gekürzt worden. Wohnheimplätze, Mensen und Cafeterien, psychologische und andere Beratungsangebote müssen mit der steigenden Zahl von Studienplätzen mithalten. Vor allem bei der Zahl der Wohnheimplätze ist in den nächsten Jahren ein hoher, wenn auch regional sehr unterschiedlicher Bedarf absehbar, dem das Angebot gerecht werden muss.

Zielgruppengerechte Angebote**1. Frage:**

- Die Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Hochschulen wirken vor allem auf Frauen abschreckend: lange Ausbildungsphasen, befristete Verträge, Kettenverträge, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind im Wissenschaftsbereich die Regel. Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter den derzeitigen Bedingungen nur schwer möglich. Wir werden diese Arbeitsbedingungen verbessern und damit für die Vereinbarkeit bessere Voraussetzungen schaffen.
- Double-Career-Angebote.
- Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder von Studierenden und Beschäftigten der Hochschulen

2. Frage:

Freiwilliges Engagement findet in- und außerhalb der Universität statt, ist nicht an Strukturen gebunden und erfüllt auch nicht immer einen politischen Zweck. Eine Zertifizierung und Erfassung der Arbeitsbelastung ist schwer möglich. Das heißt aber nicht, dass dieses Engagement bei der Gesamtbewertung von Studierenden ignoriert werden kann. Möglich ist es, freiwilliges Engagement bei der Gesamtbewertung der Studierenden zu berücksichtigen. Zum Beispiel wäre es sinnvoll, bei der Vergabe der 60 ECTS-Punkte pro Studienjahr Punkte auf freiwilliges Engagement jeglicher Form - auch außeruniversitär - zu vergeben. Dies wäre zumindest ein deutliches Signal, dass ein solches Engagement von der Universität erwünscht und anerkannt wird.

3. Frage:

Unser Ziel ist, den Frauenanteil in der Wissenschaft, insbesondere ihren Anteil an den Professor/innen deutlich zu erhöhen. Dazu wollen wir in Zielvereinbarungen mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen **verbindliche** Ziele festlegen und über entsprechende Kriterien bei der Programmfinanzierung Anreize setzen. Zur Steigerung des Frauenanteils plädieren wir für entsprechende Zielquoten.

4. Frage:

Wir unterstützen den Ausbau englischsprachiger Angebote aber auch Angebote in anderen Sprachen.

5. Frage:

Von einem barrierefreien Studium können behinderte Studierende in Bayern derzeit nur träumen. Der Alltag der Studierenden ist voller Barrieren: Hochschulgebäude sind nicht zugänglich, es gibt zu wenig Unterstützungsangebote, barrierefreie, zentral gelegene Wohnheimplätze sind Mangelware und die Finanzierung des Studiums durch Jobs ist weit schwieriger als für Studierende ohne Handicaps.

Die wichtigsten Maßnahmen für eine barrierefreie Hochschule sind:

- die Schaffung bauliche Voraussetzungen für Barrierefreiheit an allen Hochschulen,
- mehr Kompetenzen für Behindertenbeauftragte mit einer Stimme im Hochschulrat,
- Unterstützung aus einer Hand: Ansprüche und Unterstützungsangebote für Studierende mit Behinderungen müssen zentral organisiert werden,
- mehr Wohnheimplätze für Studierende mit Behinderungen, die dem Bedarf der Betroffenen entsprechen.

6. Frage:

Lehrkräften kommt die Schlüsselposition bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu. Die gegenwärtige Lehrerausbildung wird nicht den Ansprüchen gerecht, die die Inklusion an sie stellt:

- In der gesamten Lehrerbildung müssen sonderpädagogische Inhalte vermittelt werden.
- Bisher getrennte Ausbildungszweige für Regel- und Förderschullehrkräfte müssen zusammengelegt werden.
- Wir brauchen bedarfsgerechte Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf in ihren Klassen aufnehmen. Inhalte dieser Maßnahme sollten die rechtlichen Aspekte, Grundlagen der Zusammenarbeit, das Rollenverständnis der unterschiedlichen Lehrkräfte und die Grundlagen der allgemeinen Heil- und Sonderpädagogik sein.

Sonstiges

1. Frage:

Ja

2. Frage:

Konzepte müssen in Zusammenarbeit mit den Hochschulen entwickelt werden.

3. Frage:

Werden von uns nicht befürwortet.

4. Frage:

Die SPD-Landtagsfraktion hat in dieser Legislaturperiode den Antrag gestellt, ein bayernweites Semesterticket einzuführen

Abschlussfrage

- Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft
- verbesserte Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Mittelbau an den Hochschulen
- Frauenförderung an den Hochschulen